



Health & Consumer Voice

November 2005

IN DIESER AUSGABE

Kommission legt Grünbuch über psychische Gesundheit vor _____ 1

Die Europäische Kommission hat ein Grünbuch über psychische Gesundheit angenommen, mit dem eine öffentliche Anhörung zur Frage eingeleitet wird, wie man psychischen Erkrankungen besser entgegenwirken kann.

Europäische Gesundheitsexperten prüfen Abwehrbereitschaft gegen Grippepandemie_2

Auf einer Konferenz, die von der Europäischen Kommission zusammen mit dem Regionalbüro Europa der Weltgesundheitsorganisation (WHO) veranstaltet wurde, prüften europäische Gesundheitsexperten den Stand der Vorbereitungen zur Abwehr einer möglichen Grippepandemie.

Vogelgrippe: Europäische Kommission stellt 30 Mio. Euro für Asien bereit _____ 2

Kommissar Kyprianou führt in Südostasien Gespräche über die Vogelgrippe _____ 2

Nanotechnologie: Kommission startet Anhörung zur bestmöglichen Risikobewertung _____ 3

Die Europäische Kommission hat eine Online-Anhörung zu EU-Risikobewertungsmethoden für Nanotechnologien eingeleitet.

Produktsicherheit: EU und China verstärken Zusammenarbeit _____ 3

Der Generaldirektor für Gesundheit und Verbraucherschutz der Europäischen Kommission und der chinesische Staatssekretär für AQSIQ (Agentur für Qualitätssicherung, Inspektion und Quarantäne) unterzeichnen eine gemeinsame Absichtserklärung zur Produktsicherheit.

EU-Plattform für Ernährung, körperliche Bewegung und Gesundheit: neue Maßnahmenbank _____ 3

Offenes Gesundheitsforum erörtert künftige Herausforderungen im Gesundheitswesen_3

EU will Vorschriften für tierische Nebenprodukte verbessern _____ 4

Die Europäische Kommission hat einen Bericht herausgegeben, der die Erfahrungen der Mitgliedstaaten bei der Anwendung der Verordnung über tierische Nebenprodukte beleuchtet und Verbesserungsvorschläge für die EU-Rechtsvorschriften enthält.

Öffentliche Internetanhörung zum Thema Tierschutz _____ 4

Kommission veröffentlicht Bericht über Pestizidüberwachung im Jahr 2003 _____ 4

Kommission legt Grünbuch über psychische Gesundheit vor

Die Europäische Kommission hat ein Grünbuch über psychische Gesundheit angenommen, mit dem eine öffentliche Anhörung zur Frage eingeleitet wird, wie man psychischen Erkrankungen besser entgegenwirken kann.

Jedes Jahr leidet mehr als ein Viertel der Erwachsenen in der EU an einer psychischen Erkrankung. Die häufigsten psychischen Probleme sind Depressionen und Angststörungen. Einschlägige Studien prognostizieren, dass im Jahr 2020 Depressionen die häufigste Krankheitsursache in den Industrieländern sein werden. Psychische Erkrankungen sind derzeit für die Mehrzahl der 58 000 Selbsttötungen jährlich die Ursache – das ist mehr als die Zahl der Europäer, die durch Straßenverkehrsunfälle getötet werden.

Darüber hinaus können psychische Erkrankungen erhebliche wirtschaftliche und soziale Auswirkungen auf die Gesellschaft haben. Psychische Erkrankungen verursachen in der EU Kosten in Höhe von 3-4 % des BIP als Folge von Produktivitätseinbußen und finanziellen Belastungen für den Gesundheits-, Bildungs- und Justizsektor.

Das Grünbuch über psychische Gesundheit schlägt im Wesentlichen drei Maßnahmen auf EU-Ebene vor. Zunächst sieht es die Eröffnung eines Dialogs mit den Mitgliedstaaten über einen Aktionsplan zur psychischen Gesundheit vor, der im Jahr 2006 vorgelegt werden soll. Zweitens schlägt das Grünbuch die Einrichtung einer EU-Plattform für psychische Gesundheit vor. Dies würde

gewährleisten, dass eine Vielzahl von Stakeholdern gemeinsam Überlegungen dazu anstellt, wie sich die psychische Gesundheit in verschiedene Sektoren und EU-Politikbereiche integrieren lässt.



© Europäische Gemeinschaft, 2005

Die Plattform würde sich auch mit der Frage beschäftigen, wie sich ethische Aspekte, z. B. die Grundrechte psychisch kranker und geistig behinderter Menschen, einbeziehen lassen. Schließlich enthält das Grünbuch einen Vorschlag für den Aufbau einer Informationsbasis für psychische Gesundheit auf EU-Ebene, einschließlich Trendmonitoring, Datensammlung und Best-Practice-Ermittlung.

Die Vorschläge im Grünbuch sind Teil des Follow-up der Kommission zur Europäischen Ministerkonferenz der World Health Organisation (WHO) über psychische Gesundheit, die im Januar 2005 in Helsinki stattfand. Auf dieser Konferenz billigten die 52 Mitgliedstaaten der WHO-Region Europa und die Europäische Kommission eine Europäische Erklärung zur psychischen Gesundheit und einen Europäischen Aktionsplan für psychische Gesundheit.

Weitere Informationen:

http://europa.eu.int/comm/health/ph_determinants/life_style/mental_health_de.htm



Europäische Gesundheitsexperten prüfen Abwehrbereitschaft gegen Grippepandemie

Auf einer Konferenz, die vom 24. bis zum 26. Oktober von der Europäischen Kommission zusammen mit dem Regionalbüro Europa der Weltgesundheitsorganisation (WHO) in Kopenhagen (Dänemark) veranstaltet wurde, prüften europäische Gesundheitsexperten den Stand der Vorbereitungen zur Abwehr einer möglichen Grippepandemie.

Alle 25 EU-Mitgliedstaaten wie auch die 21 anderen Länder der WHO-Europaregion haben inzwischen nationale Bereitschaftspläne eingeführt. Bei Finanzierung, Erprobung und Implementierung dieser Pläne sind, wie die Konferenz ergab, allerdings noch weitere Anstrengungen erforderlich.

Was die Abwehrbereitschaft gegen eine Grippepandemie betrifft, so riefen die Experten dazu auf, in den nationalen Plänen auch andere Aspekte als die Behandlung mit Arzneimitteln stärker zu berücksichtigen, nämlich Zivilschutz, Verkehr, Kommunikation und die Reaktionsfähigkeit der Gesundheitssysteme durch Einrichtung von Notfallzentren und Investitionen in Labors.

Zwar sind die Bevorratung mit antiviralen Mitteln und die Sicherstellung der rechtzeitigen Produktion von Impfstoffen

durchaus wichtig, doch die Konferenzteilnehmer riefen auch dazu auf, in den nationalen Bereitschaftsplänen weitere Elemente zu berücksichtigen, nämlich die Verstärkung der Überwachung, der Laborkapazitäten, der Personalschulung



und der Kommunikationssysteme. Neue antivirale Mittel können dazu beitragen, einen Ausbruch zu verlangsamen und Zeit für die Impfstoffproduktion zu gewinnen. Sie müssen jedoch verantwortungsvoll eingesetzt werden, um die Bildung resistenter Stämme zu vermeiden.

Zum Thema Vogelgrippe konzentrierten sich die Diskussionen auf die Verbesserung der Überwachung und der Informationsweitergabe, die Entschädigung der

Landwirte, den Schutz der Beschäftigten in Geflügelbetrieben und den Vogelgrippe-nachweis beim Menschen.

Die Teilnehmer forderten, die Zusammenarbeit zwischen den Ländern auf internationaler und europäischer Ebene zu verstärken, auch in Fragen der Seuchenüberwachung, der besseren Abstimmung von Bekämpfungsmaßnahmen zwischen Nachbarländern und der Risikokommunikation. Ferner riefen sie dazu auf, die Kapazitäten der Gesundheitssysteme für die Früherkennung und die rasche Reaktion auf eine mögliche Grippepandemie zu stärken, die Zusammenarbeit zwischen den Gesundheits- und Veterinärsystemen zu verbessern und den Dialog mit den Landwirten zu fördern. Die entwickelten Länder, insbesondere die europäischen, sollten den am stärksten von der Vogelgrippe bedrohten Entwicklungsländern helfen, indem sie den Mangel an personellen und technischen Ressourcen im human- und veterinärmedizinischen Bereich beheben.

Weitere Informationen:

http://europa.eu.int/comm/dgs/health_consumer/dyna/influenza/index.cfm

Vogelgrippe: Europäische Kommission stellt 30 Mio. Euro für Asien bereit

Die Europäische Kommission hat 30 Millionen Euro bereitgestellt, um den Partnern in Asien dabei zu helfen, im Jahr 2006 die Vogelgrippe zu bekämpfen. Über die Zuweisung der Gelder wird beschlossen, sobald die internationale Bewertung des mittel- und langfristigen Bedarfs abgeschlossen ist.

Das wiederholte Auftreten der Vogelgrippe in Asien in den letzten drei Jahren und ihre rasche Ausbreitung auf andere Regionen erfordern die Entwicklung einer

langfristigen internationalen Strategie.

Die Kommission ist bestrebt, Hilfe bereitzustellen, um die am wenigsten entwickelten Länder in ihren mittel- und langfristigen Plänen zur Bekämpfung struktureller Probleme zu unterstützen, zum Beispiel bei der Stärkung ihrer öffentlichen Gesundheits- und Veterinärdienste, damit sie die Vogelgrippe und andere Zoonosen besser erkennen, verhüten und eindämmen können.

Kommissar Kyprianou führt in Südostasien Gespräche über die Vogelgrippe

Auf einer offiziellen Südostasienreise vom 6. bis 16. November besuchte der für Gesundheit und Verbraucherschutz zuständige Kommissar, Markos Kyprianou, Vietnam, Thailand, Kambodscha und Indonesien.

Ganz oben auf der Tagesordnung des Kommissars stand die Vogelgrippe, die seit 2003 in Teilen dieser Region auftritt. Er kam mit hochrangigen Vertretern und Ministern dieser Länder zusammen, um die derzeitige Lage der Vogelgrippe in jedem Land sowie die von den nationalen Behörden und den internationalen Partnern getroffenen Maßnahmen zu erörtern.

Weitere Themen, die Markos Kyprianou auf seiner zehntägigen Reise ansprach, waren die Lebensmittelsicherheit sowie veterinär- und pflanzenschutzrechtliche Fragen und bestimmte Probleme der öffentlichen Gesundheit wie Aids.

Weitere Informationen: http://europa.eu.int/comm/dgs/health_consumer/dyna/influenza/index.cfm

Nanotechnologie: Kommission startet Anhörung zur bestmöglichen Risikobewertung

Die Europäische Kommission hat eine Online-Anhörung zu EU-Risikobewertungsmethoden für Nanotechnologien eingeleitet. Interessenten werden gebeten, sich zu einem Gutachten des Wissenschaftlichen Ausschusses „Neu auftretende und neu identifizierte Gesundheitsrisiken“ zu äußern, der ersten solchen Analyse der Risikobewertung für Nanotechnologien, die je veröffentlicht wurde.

Zur Nanotechnologie gehört die kontrollierte Produktion neuer Materialien, die tausendmal kleiner sind als der Durchmesser eines menschlichen Haars. Die Industrie setzt in vielerlei Sektoren in zunehmendem Maße Nanotechnologie ein, so im Gesundheitswesen, bei der

Herstellung von Konsumgütern, in der Informations- und Umwelttechnologie.

Der Wissenschaftliche Ausschuss „Neu auftretende und neu identifizierte Gesundheitsrisiken“ behandelt in seinem Gutachten die Grenzen der aktuellen Risikobewertungsmethoden angesichts der spezifischen Eigenschaften von Nanotechnologieprodukten und untersucht, wo Verbesserungsbedarf besteht. Im Mittelpunkt stehen zwar hauptsächlich die Methoden der Risikobewertung und nicht so sehr die Risiken der Nanotechnologie selbst, doch der Ausschuss befasst sich auch eingehend mit Gesundheits- und Umweltfaktoren, denen möglicherweise Rechnung zu tragen wäre.

Für die Kommission ist es vorrangig, im Zusammenhang mit der Nanotechnologie ein hohes Verbraucherschutzniveau sicherzustellen; deshalb unterstreicht das Gutachten, wie wichtig solide und zuverlässige Risikobewertungsmethoden sind, die sich für die routinemäßige Anwendung eignen. Hierdurch würde wiederum das Verbrauchervertrauen gegenüber den neuen Technologien gefördert.

Ende der Anhörung: 16. Dezember 2005.

Weitere Informationen:

http://europa.eu.int/comm/health/ph_risk/committees/04_scenih/scenehr_cons_01_en.htm

Produktsicherheit: EU und China verstärken Zusammenarbeit

Der Generaldirektor für Gesundheit und Verbraucherschutz der Europäischen Kommission, Robert Madelin, und der chinesische Staatssekretär für AQSIQ (Agentur für Qualitätssicherung, Inspektion und Quarantäne), Ge Zherong, unterzeichneten am 11. November 2005 in Brüssel eine gemeinsame Absichtserklärung. Diese zielt darauf ab, die Kommunikation und die Zusammenarbeit zwischen den für die allgemeine Produktsicherheit, Lebensmittelsicherheit sowie Hygiene- und Pflanzenschutzfragen und das SPS-Abkommen zuständigen Behörden zu verbessern, um die Menschen in der EU und in China besser zu schützen.

Bei Konsumgütern aus dem Non-Food-Bereich sollen Information und Informationsaustausch in folgenden Bereichen verstärkt werden: aktuelle Gesundheits- und Sicherheitsfragen, Standardisierung und Vorschriften sowie Verfahren für die Produktsicherheit, Marktüberwachung, Grenzkontrollen, Durchsetzung der Rechtsvorschriften zur Produktsicherheit, Risikobewertung und Risikobegrenzung, größere Rückrufaktionen für Produkte und Produkttests.

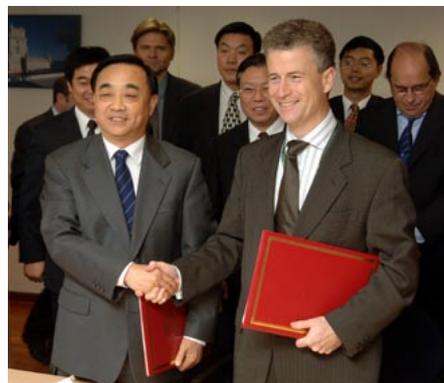


Abbildung: Robert Madelin, der Generaldirektor für Gesundheit und Verbraucherschutz, trifft Ge Zherong, den chinesischen Staatssekretär für AQSIQ

© Europäische Gemeinschaft, 2005

Im Bereich Lebensmittelsicherheit, Hygiene und Pflanzenschutz (SPS) sind unter anderem folgende Maßnahmen in der Vereinbarung vorgesehen: die rechtzeitige Meldung zweckdienlicher Informationen über landwirtschaftliche Erzeugnisse oder Lebensmittelerzeugnisse (vor allem bei auftretenden Problemen), die Einrichtung der SPS-Kommunikations- und Konsultationskanäle, Informationsaustausch über SPS-Fragen und, bei Bedarf, regelmäßige Zusammenkünfte zwischen den für Gesundheit und Verbraucherschutz zuständigen EU- und AQSIQ-Beamten.

EU-Plattform für Ernährung, körperliche Bewegung und Gesundheit: neue Maßnahmendatenbank

Die Kommission hat eine Online-Datenbank eingerichtet, die mit der Plattform für Ernährung, körperliche Bewegung und Gesundheit verknüpft ist. Dort sind die Maßnahmen zur Adipositasbekämpfung im Einzelnen aufgeführt, die im Jahre 2005 durchgeführt und für 2006 geplant wurden.

Die Datenbank enthält für eine Maßnahme eine Zusammenfassung mit Zeitangaben, geografischer Erfassung, Zielgruppen, Thema (z. B. Ernährung, Bewegung, Gesundheit), Art der Tätigkeit, wie sie entwickelt wurde und wie sie bewertet wird. Sie soll einen Überblick über die Maßnahmen der Plattformmitglieder geben und es so der Öffentlichkeit ermöglichen, die Daten zu analysieren, zu sortieren und miteinander zu vergleichen.

Weitere Informationen:

http://europa.eu.int/comm/health/ph_determinants/life_style/nutrition/platform/platform_en.htm

Offenes Gesundheitsforum erörtert künftige Herausforderungen im Gesundheitswesen

„Herausforderungen und Zukunftsstrategie im Gesundheitswesen“ war das Thema des diesjährigen Offenen Gesundheitsforums, das die Kommission vom 7. bis 8. November in Brüssel veranstaltete.

Etwa 400 Vertreter aus EU-Institutionen, Nichtregierungsorganisationen und internationalen Organisationen beteiligten sich an Diskussionen über aktuelle und potenzielle Probleme des Gesundheitswesens und den Beitrag, den die EU zu deren Bewältigung leisten kann.

Weitere Informationen:

http://europa.eu.int/comm/health/ph_overview/health_forum/open_forum_en.htm

EU will Vorschriften für tierische Nebenprodukte verbessern

Die Europäische Kommission hat einen Bericht herausgegeben, der die Erfahrungen der Mitgliedstaaten bei der Anwendung der Verordnung über tierische Nebenprodukte beleuchtet und Verbesserungsvorschläge für die EU-Rechtsvorschriften enthält.

Die im November 2002 in Kraft getretene Verordnung über tierische Nebenprodukte legt strenge Bedingungen fest, die für die gesamte Lebensmittel und Futtermittelherstellungskette gelten und für Sicherheit bei der Sammlung, Beförderung, Lagerung, Handhabung, Verarbeitung, Verwendung und Entsorgung tierischer Nebenprodukte sorgen sollen. Die Verordnung gliedert die tierischen Nebenprodukte nach dem potenziellen Risiko für Tiere, Menschen und Umwelt in drei Kategorien und schreibt vor, wie jede Kategorie zu entsorgen ist. Es gibt Beschränkungen für die Art des Materials, das zur Tierfütterung verwendet werden darf. So ist für Vieh- und Heimtierfutter nur die Verwendung von Material zulässig, das zum menschlichen Verzehr geeignet wäre. Die Verordnung verbietet auch die Verwertung von Tierkörpern durch Verfütterung innerhalb ein und derselben Tierart (Kannibalismus) und die Viehfüt-

terung mit Speiseabfällen.

Laut dem Bericht funktionieren die in der Verordnung vorgesehen Kontrollen in den meisten Fällen gut. Seit sei angewendet werden, haben Industrie und Mitgliedstaaten jedoch auf einzelne Bereiche aufmerksam gemacht, in denen Änderungen erforderlich sind. Einige Anforderungen sind vielleicht unverhältnismäßig streng, wenn es um Produkte mit sehr geringen Risiken geht (z. B. verarbeitete Inhaltsstoffe von Kosmetika). Andererseits sind neue Produkte in die verschiedenen Risikokategorien aufzunehmen.

Die Kommission beabsichtigt, dem Europäischen Parlament und dem Rat bis Ende 2006/Anfang 2007 eine Reihe von Änderungsvorschlägen für die Verordnung über tierische Nebenprodukte vorzulegen, die Bereiche betreffen, in denen Unsicherheit über den Geltungsbereich, die Anforderungen der Verordnung oder mögliche Überschneidungen mit anderen Rechtsvorschriften besteht.

Weitere Informationen:

http://europa.eu.int/comm/food/food/biosafety/animalbyproducts/index_en.htm

Kommission veröffentlicht Bericht über Pestizidüberwachung im Jahr 2003

Die Kommission hat einen Bericht über die Pestizidüberwachung im Jahr 2003 vorgelegt, der Einzelheiten über die Rückstandsüberwachung in den EU-15-Mitgliedstaaten, Norwegen, Island und Liechtenstein enthält. Der Bericht erfasst Daten aus einzelstaatlichen Überwachungsprogrammen wie auch aus dem von der EU koordinierten Überwachungsprogramm und enthält zudem Informationen über die am häufigsten nachgewiesenen Schädlingsbekämpfungsmittel, Proben mit Mehrfachrückständen und die Bewertung der koordinierten EU-Daten, aufgliedert nach Pflanzenschutzmit-

teln, Erzeugnissen und Ländern sowie Vergleiche mit den Vorjahren.

Im Jahr 2003 wurden in den 18 Ländern, die der Bericht erfasst, 47 500 Proben von Obst, Gemüse, Getreide und Verarbeitungserzeugnissen auf Pestizidrückstände untersucht. Die Tests umfassten bis zu 519 Pestizide. Nur in 3,3 % der Fälle wurden Verstöße gegen die in der EU geltenden Rückstandshöchstgrenzen bestätigt.

Weitere Informationen:

http://europa.eu.int/comm/food/fvo/specialreports/pesticide_residues/report_2003_en.pdf

Öffentliche Internet-Anhörung zum Thema Tierschutz

Die Europäische Kommission hat eine Internetanhörung zum Schutz von landwirtschaftlichen Nutztieren eingeleitet, um zu ermitteln, wie weit die Öffentlichkeit für Tierschutzfragen sensibilisiert ist und für wie wichtig die Bürger der Europäischen Union diese Fragen halten.

Bei der Online-Erhebung wird unter anderem danach gefragt, wie die Tierhaltungsbedingungen in der EU eingeschätzt werden, auch was einzelne Tierarten betrifft, und wo Verbesserungen möglich wären.

Die Teilnehmer an der Erhebung werden auch gefragt, wie sich eine stärkere Berücksichtigung der Tierschutznormen bei der Lebensmittelproduktion ihres Erachtens auswirken würde.

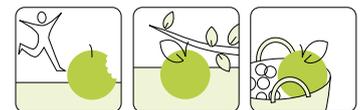
Diese bis zum 20. Dezember laufende Online-Erhebung bildet den zweiten Teil der von der Kommission zum Thema Tierschutz durchgeführten Anhörung, nachdem im Juli bereits Stellungnahmen der Beratenden Gruppe für die Lebensmittelkette sowie für Tier- und Pflanzengesundheit eingeholt worden waren.



© Eureke Slide

Die Kommission wird Anfang Dezember einen „Aktionsplan Tierschutz“ annehmen; gleichzeitig sollen auch die Ergebnisse der Internetanhörung veröffentlicht werden.

Weitere Informationen: <http://europa.eu.int/yourvoice/ipml/forms/dispatch?form=animalwelfareactplan>



Die in *Health & Consumer Voice* vertretenen Meinungen geben nicht notwendigerweise die Standpunkte der Europäischen Kommission wieder. Die Wiedergabe von Beiträgen ist – ausgenommen zu gewerblichen Zwecken – unter Angabe der Quelle gestattet.

E-Mail: sanco-newsletter@cec.eu.int

Koordination: Marie-Paule Benassi

Redaktion: Iwona Pajak, Emer Traynor, Fabio Fabbi, in Zusammenarbeit mit der GD Gesundheit und Verbraucherschutz der Europäischen Kommission.

Layout: Deborah MacRae-Öckerman

Website:

http://europa.eu.int/comm/dgs/health_consumer/index_de.htm

